

EZB senkt den Leitzins auf Rekordtief von 0,15 Prozent

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat den Leitzins im Euroraum wie erwartet nochmals von 0,25 Prozent auf 0,15 Prozent gesenkt. Gleichzeitig beschloss der EZB-Rat nach Angaben der Notenbank am Donnerstag in Frankfurt, erstmals einen Strafzins von minus 0,10 Prozent für Bankeinlagen. Doch was bedeutet die Zinssenkung für den Einzelnen?



Mit dem Maßnahmenpaket reagieren die Währungshüter auf die seit Monaten sehr niedrige Inflation. Niedrige Zinsen verbilligen tendenziell Kredite und Investitionen und können so die Wirtschaft ankurbeln. Das stärkt in der Regel auch den Preisauftrieb.

Auch der negative Einlagenzins soll die Inflation antreiben: Er soll den Euro schwächen und so Importe verteuern. Zudem sollen Banken dazu gebracht werden, überschüssiges Geld nicht bei der EZB zu parken, sondern Verbrauchern und Unternehmen Kredite zu geben. Diese könnten investieren und so der Konjunktur auf die Sprünge helfen.

Angst vor Deflation im Euroraum

Im Mai war die Jahreststeuerung im Euroraum auf 0,5 Prozent gesunken. Sie liegt damit deutlich unterhalb der Zielmarke der EZB von knapp unter 2,0 Prozent. "Wir werden nicht zulassen, dass die Inflation zu lange auf zu niedrigem Niveau bleibt", hatte Draghi erst in der vergangenen Woche betont.

Denn der geringe Preisauftrieb schürt Sorgen vor einer Deflation, also einer Abwärtsspirale der Preise quer durch alle Warengruppen. Unternehmen und Verbraucher könnten dann Investitionen und Anschaffungen in Erwartung weiter sinkender Preise hinauszögern. Das würde die ohnehin fragile Konjunkturerholung in Europa abwürgen.

Was bedeutet die Zinssenkung für den Einzelnen?

Die Senkung des Leitzins ist eine schlechte Nachricht für Sparer, weil sie weniger Zinsen auf ihr angelegtes Geld erhalten. Niedrige Zinsen werden in der Regel relativ schnell an Kunden weitergereicht.

Da Sparer ohnehin schon lange unter Mini-Zinsen auf Sparbuch oder Tagesgeldkonto leiden, hagelt es schon vor dem Schritt aus Deutschland Kritik: "Niedrigzinsen enteignen Sparer und reißen Lücken in die Altersvorsorge künftiger Rentner", wettern Sparkassen, Volksbanken und Versicherer.

Werden die Sparer sozusagen enteignet?

Michael Hüther, Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW), kritisierte die EZB für die bereits zuvor erwartete Zinssenkung in der "Bild"-Zeitung: "Sie plündert die Ersparnisse aus, sie bedroht die Lebensversicherung."

Berenberg-Chefvolkswirt Holger Schmieding verteidigt, Aufgabe der Notenbank sei, für stabile Preise zu sorgen: "Zu behaupten, die EZB enteigne die europäischen Sparer, verkennt das Mandat der EZB. Ihre Aufgabe ist es nicht, Sparern selbst in Zeiten einer Finanzkrise einen gewünschten Ertrag auf risikoarme Anlagen zu sichern." Mit europäischen Aktien, spanischen Rententiteln oder guten Unternehmensanleihen hätten Sparer auch in der Krise auskömmliche Renditen erzielen können - wenn sie bereit waren, Risiken in Kauf zu nehmen.

Gibt es auch Vorteile für den Einzelnen?

Wie Unternehmen profitieren auch die Verbraucher von günstigen Kreditzinsen - wenn die Banken die Senkung

weiterreichen. Prinzipiell ist billiges Geld gut für Schuldner: Verbraucher können eine Waschmaschine, ein Auto oder ein Haus günstiger finanzieren, gleiches gilt für Investitionen von Unternehmen und Staatsschulden. Letzteres entlastet indirekt auch Steuerzahler.

Auch von der Entscheidung, Strafzinsen auf Bankeinlagen (minus 0,10 Prozent) zu erheben, sollen Unternehmen und Verbraucher profitieren. Banken sollen überschüssige Liquidität nicht bei der EZB parken, sondern das Geld in Form von Krediten an Verbraucher und Unternehmen weiterreichen. Diese könnten investieren und so der Konjunktur auf die Sprünge helfen.

© dpa 05.06.2014, 14:22 Uhr

Experte Bofinger: EZB-Zinssenkung nur "homöopathisch"

Frankfurt/Main (dpa) - Der Wirtschaftsweiser Peter Bofinger hält die Wirkung möglicher weiterer Zinssenkungen der Europäischen Zentralbank (EZB) für sehr begrenzt. "Der Handlungsspielraum der EZB ist mehr homöopathisch", sagte das Mitglied des Sachverständigenrates der Bundesregierung dem Südwestrundfunk.



Ein Leitzins, der noch näher bei null liege, und ein Strafzins für Geschäftsbanken, die überschüssiges Geld bei der EZB parken wollten, stellten als Konjunkturimpulse keine schweren "Geschütze" dar.

Um die Wirtschaft im Euroraum zu beleben, sei weniger die Geldpolitik als die Finanzpolitik gefordert. Die Politik solle darüber nachdenken, wie man die Investitionsanreize stärken kann, sagte Bofinger: "Dass also mehr Kreditmittel auf den Märkten von Investoren aufgenommen werden, und dann steigen auch die Zinsen wieder." Eine Hauptkritik aus Deutschland an der Politik des billigen Geldes ist, dass das niedrige Zinsniveau die Sparer belaste.

"Sparer müssen nach alternativen Sparmöglichkeiten suchen"

So drückte Sparkassen-Präsident Georg Fahrenschon am Donnerstag im ARD-Morgenmagazin seine Sorgen darüber aus, dass viele Menschen, die mit Versicherungen für ihr Alter vorgesorgt hätten, jetzt ungefragt zur Kasse gebeten würden: "Das ist ein ganz gefährlicher Weg, den die EZB da einschlägt." Allein in Deutschland würden Sparer, die fürs Alter vorsorgen, 15 Milliarden Euro verlieren: "Das sind vom Baby bis zum Großvater 200 Euro pro Kopf. Und das ungefragt. Und das Geld fehlt. Es ist weg."

Daran dürfte sich so schnell nichts ändern. Nach Einschätzung von DIW-Chef Marcel Fratzscher müssen Sparer noch mehrere Jahre mit niedrigen Zinsen leben. Während EZB-Präsident Mario Draghi stets schwammig von "einem längeren Zeitraum" spricht, erwartet Fratzscher, dass die Zinsen für die kommenden zwei bis drei Jahre so niedrig wie jetzt bleiben werden: "Die Sparer müssen daher nach alternativen Sparmöglichkeiten suchen, im Inland wie im Ausland", sagte der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) der "Berliner Zeitung" vor der mit Spannung erwarteten Zinsentscheidung der Europäischen Zentralbank (EZB) am (heutigen) Donnerstag.

Warnung vor Überhitzung der Märkte

Fratzscher zeigte Verständnis für die Klagen über die Folgen für Sparer. "Die Niedrigzinspolitik trifft die Sparer hart, da sie schwerer Vorsorge betreiben können", sagte der DIW-Chef. Er verteidigte aber auch die Strategie der Währungshüter: "Höhere Zinsen würden die noch immer niedrige Wirtschaftsleistung weiter schwächen und noch mehr Menschen ihre Beschäftigung kosten."

Im Kampf gegen die extrem niedrige Inflation dürfte die EZB abermals die Zinsen senken. Das haben mehrere Ratsmitglieder relativ klar angedeutet. Erwartet wird, dass der Leitzins vom aktuellen Rekordtief von 0,25 Prozent um weitere 0,10 oder 0,15 Punkte gedrückt wird. Niedrige Zinsen können die Konjunktur ankurbeln und den Preisauftrieb beschleunigen. Gleichzeitig dürfte die EZB erstmals einen Strafzins von Geschäftsbanken verlangen, die ihr überschüssiges Geld bei der Zentralbank parken, statt es in Form von Krediten an Unternehmen und Verbraucher weiterzugeben.

Grünen-Finanzexperte Gerhard Schick warnte angesichts des billigen Geldes vor "Risiken und Nebenwirkungen". In der "Neuen Osnabrücker Zeitung" (Donnerstag) sagte er: "Die Anleihe-, Aktien- und Immobilienmärkte zeigen erste Zeichen einer Überhitzung, auf der Suche nach Rendite werden auch toxische Altlasten wieder zu einer lukrativen Investition."

© dpa 05.06.2014, 11:07 Uhr